

Wahlprüfstein Bundesverband Sexuelle Dienstleistungen e. V. (BSD e. V.)

Ihre Frage	Unsere Antwort
<p>Sexarbeit</p> <p>1. Hat Ihre Partei eine grundsätzliche Haltung zur Prostitution? JA Wir befürworten Prostitution, weil..... NEIN Wir lehnen Prostitution ab, weil.....</p>	<p>Für uns ist Sexarbeit kein Beruf wie jeder andere. Die Besonderheiten und Gefahren dieses Gewerbes, die Sicherheit im Arbeits-, Sozial- und Strafrecht sowie die weitere Entstigmatisierung halten wir stets im Blick.</p> <p>Ausführlich hat sich der SPD-Parteivorstand mit dem Thema Prostitution befasst. Im Beschluss vom 16.11.2020 „Mehr Schutz, Beratungs- und Ausstiegshilfen in der Prostitution“ stellen wir klar, dass es von entscheidender Bedeutung ist, „ob eine Person freiwillig der Prostitution nachgeht, aus mehr oder weniger unfreiwilligen Gründen sexuelle Handlungen gegen Geld anbietet oder ob eine Person Opfer von Zwangsprostitution ist.“</p> <p>[LINK: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Matrix_2021/SPD_Beschluss_Familienpolitik_Prostitution.pdf]</p>
<p>Sexarbeit</p> <p>2. Wenn Sie Prostitution ablehnen, wie begründen Sie die damit einhergehenden Einschränkung der Grundrechte (Art. 1 + 2 + 3 GG, Art 12 GG, Art. 13 GG, Art. 19 GG) für Sexarbeiter*innen und Bordellbetreiber*innen?</p>	<p>Wir bekämpfen jegliche Form von Zwangsprostitution. Sie ist eine Straftat und muss konsequent verfolgt werden. Frauen und Männer die hier Opfer geworden sind, wollen wir Hilfe leisten. Denjenigen, die aus heteronomen Gründen der Prostitution nachgehen, wollen wir niedrigschwellige Ausstiegshilfen anbieten. Im Bereich der nachweislich freiwilligen Prostitution geht es um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, um besseren Schutz und eine verlässliche soziale Absicherung.</p>
<p>Sexarbeit</p>	

<p>3. Wenn Sie Prostitution akzeptieren, wie stehen Sie zu der Diskriminierung von Sexarbeiter*innen, Bordellbetreiber*innen und Kunden (z. B. regelmäßige gesundheitliche Beratungs- und Anmeldepflicht, höhere Auflagen für Bordellbetreiber*innen, Beweislastumkehrung für Kunden: § 232 a Abs. 6 StGB)?</p>	<p>Zum Schutz der in der Prostitution tätigen Personen braucht es klare und durchsetzbare Regeln. Wir brauchen mehr freiwillige, niedrigschwellige, vertrauliche, auch aufsuchende Beratungs- sowie Bildungsangebote. Beratungsangebote und Ausstiegshilfen müssen in dem Umfang und der Qualität angeboten werden, die den individuellen Notwendigkeiten und Erfordernissen der unterschiedlichen Personen entsprechen. Die Angebote müssen dringend gestärkt und ausgebaut werden. Betroffene sollen jederzeit Möglichkeiten und Perspektiven für ein sozial und materiell abgesichertes Leben außerhalb der Prostitution aufgezeigt bekommen können. Ein Sexkaufverbot lehnen wir derzeit ab.</p>
<p>Sexarbeit</p>	
<p>4. Verfolgt Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode bestimmte Aktivitäten zum Bereich Prostitution (z. B. Gesetzgebungsverfahren)?</p>	<p>Wir fordern, dass endlich das Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) in allen Bundesländern und Kommunen umgesetzt und überwacht wird. Zudem wollen wir Heranwachsende besonders vor einem frühen Einstieg in die Prostitution bewahren: Die Zulässigkeit von legaler Prostitution erst mit 21 Jahren soll geprüft werden. Schwangere wollen wir besser schützen: Bisher wird schwangeren Frauen erst in den letzten 6 Wochen vor der Entbindung die Anmeldung zur Prostitution verweigert. Diese Frist wollen wir ausweiten. Gleichzeitig sollen sie finanzielle Hilfen für die Zeit der Schwangerschaft und des Mutterschutzes bekommen sowie noch mehr Beratung und Ausstiegshilfen angeboten bekommen.</p> <p>Die Evaluation des ProstSchG soll früher als 2025 erfolgen. Hierbei wollen wir, dass auch ein analytischer (kritischer) Blick auf die Männer und Frauen gerichtet wird, die auf der „Nachfrage-Seite“ sexuelle</p>

	<p>Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Sollte laut Evaluation das Gesetz seinen Zweck nicht oder nur unzureichend erfüllt, werden wir es umgehend verbessern.</p> <p>Die einschlägigen Strafrechtsnormen und das Strafprozessrecht sollen einer realitätsnahen Überprüfung unterzogen werden, insbesondere mit Blick auf Strafraumen und neuere strafbare Lebenssachverhalte (wie z.B. die sogenannte „Loveboy-Methode“).</p> <p>Aufgrund der oft anzutreffenden prekären Umstände spricht sich die SPD für eine stärkere Regulierung der Straßenprostitution aus. Sie soll explizit auch im ProstSchG reguliert werden. Personen, die diese Dienstleistungen hier weiter anbieten, sollen gezielt Ausstiegshilfen bekommen, auch, um ein Abtauchen in illegale Formen der Prostitution zu verhindern.</p>
Sexarbeit	
5. Pflegen Sie Kontakte/einen Austausch mit den Akteuren der Prostitution?	Ja, und wir wollen wir den Austausch verstetigen durch die zeitnahe Einrichtung eines bundesweiten Runden Tisches „Prostitution und Sexarbeit“.